
Ohne Europa keine Zukunft

Hannes Androsch

In Abwandlung der Xenien von Goethe und Schiller läßt sich heute mit Prof. Werner Weidenfeld aus München fragen: »Europa? Aber wo liegt es? Ich weiß das Land nicht zu finden.« Der US-Außenminister Henry Kissinger meinte 1973 – das Jahr, das von ihm zum »Jahr Europas« erklärt wurde –, Europa hätte keine Telefonnummer und damit kein ansprechbares Vis-à-vis. Inzwischen räumt Kissinger wohl ein, daß es diese, ja vielmehr eine ganze Reihe von Telefonnummern gäbe, es aber an angemessener Kompetenz der Gesprächspartner mangle. Alleine diese Metapher macht deutlich, wie unvollständig die Architektur der europäischen Integration noch immer ist und wie sehr »Europa in Zellen des nationalen Egoismus« (Stefan Kornelius) verhaftet geblieben ist.

Die Art und Weise, mit der in Europa mit der derzeitigen Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise umgegangen wird, führt uns dies in erschreckender Weise vor Augen. Diese wird uns noch geraume Zeit in Atem halten, wird sich doch deren Abwärtsspirale so lange immer weiter fortsetzen, solange der unheiligen Allianz unzulänglicher Handlungsfähigkeit und mangelnder Entschlossenheit kein Ende gesetzt wird. In kurzsichtiger Weise reagiert Europa weiterhin in zersplitterter Vielfalt statt Geschlossenheit zu zeigen und dem immer wichtiger werdenden Prinzip der Einheit – sowohl politisch wie ökonomisch – Rechnung zu tragen. Nur dann wird Europa auf der globalen Bühne der Welt als ernst zu nehmender Partner agieren können und nicht zum Spielball der sich mit dem Aufstieg Asiens, aber auch Brasiliens oder des wiedererstarkten Rußlands neu formierenden Kraftblöcke werden.

Europa, auf das heute fast ein Viertel des Weltsozialprodukts entfällt, hat sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einem wirtschaftlichen Riesen entwickelt, politisch ist es aber ein Zwerg und militärisch ein Wurm geblieben (Egon Bahr).

Der erfolgreiche wirtschaftliche Aufstieg ist Ergebnis einer einzigartigen Friedenspolitik nach dem Ende des zweiten Dreißigjährigen Kriegs, der unseren Kontinent heimsuchte und der am 28. Juli 1914 mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, der Urkatastrophe des letzten Jahrhunderts, seinen Ausgang nahm. Seither herrscht seit nunmehr bald 70 Jahren Friede auf unserem bis dahin so blutigen Kontinent.

»Europa ist dort, wo immer Gewalt war, nun aber keine mehr herrscht« (Dirk Schümer). Auf die Tatsache, daß seit 1945 bei uns keine neuen Soldatenfriedhöfe und Kriegsdenkmäler errichtet werden mußten, hat Helmut Kohl immer wieder hingewiesen und wie schon zuvor Jean Monnet, Robert Schuman, Alcide de Gasperi, Paul Henri Spaak und andere mehr maßgeblich dazu beigetragen, daß diese Errungenschaft Grundlage eines gemeinsamen europäischen Geschichtsbildes wurde.

Europa präsentiert sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts als Ergebnis eines höchst erfolgreichen Friedensprojekts. Dank des Sicherheitsschirmes der USA, der Ostpolitik von Willy Brandt, des von Helmut Schmidt betriebenen Nato-Doppelbeschlusses konnten der Kalte Krieg, die Teilung des Kontinents, das nukleare Gleichgewicht des Schreckens und schließlich auch die Implosion der Sowjetunion als Folge ihrer zunehmenden ökonomischen Schwäche mit Ausnahme der kriegerischen Wirren im ehemaligen Jugoslawien friedlich überstanden werden. Der Fall der Berliner Mauer und die deutsche Wiedervereinigung – eine gewaltige Transferunion, deren Kosten alle Europäer auch mittragen – stehen dafür zum Symbol. Das friedlich zusammengewachsene Europa ermöglichte auch in der Geschichte einmaligen, noch nie dagewesenen breiten Wohlstand, soziale Sicherheit und politische Stabilität. Hugo Portisch hat dies jüngst in seinem Essay »Was jetzt?« meisterlich dargelegt. Die große Nachfrage, die diese Publikation gefunden hat, ist auch Beweis dafür, daß das Interesse an historischen Zusammenhängen sowie an zukünftigen Entwicklungen groß ist.

Europa ist nach den Zerstörungen und Opfern des Zweiten Weltkriegs sowie der Mangeljahre der Nachkriegszeit nicht zuletzt auch dank des Marshall-Plans wie ein Phönix aus der Asche auferstanden. Dieser Befund gilt im besonderen für Österreich, wenn man die immer größer gewordene Rückständigkeit der Donaumonarchie oder das polarisierte und durch tiefe ideologische Gräben gespaltene Armenhaus der Ersten Republik zum Vergleich heranzieht. Aus der Lage am Eisernen Vorhang, aber auch durch die bis 1995 realpolitisch bedingte Unmöglichkeit, uneingeschränkt an der europäischen Integration teilzunehmen, erwachsen weitere nicht unbedeutliche Hemmschuhe. Dennoch wurde Österreich zur Erfolgsstory. In den letzten Jahrzehnten hat das Land auch erheblich von der Ostöffnung profitiert, mit der die Logik der Geografie nach Beseitigung des Eisernen Vorhangs, der nahezu ein Fünftel (!) unserer Staatsgrenze säumte, wieder zu ihrem Recht kam. Österreichs Beitritt zur EU 1995, die Teilnahme an der gemeinsamen Währung der Eurozone, für die wir dank der in den siebziger Jahren eingeschlagenen Hartwährungspolitik durch Bindung des Schillings an die DM gut vorbereitet waren, sowie die nachfolgende EU-Erweiterung mit neuen Mitgliedsländern in Ostmittel- und Südosteuropa haben unsere Handelsbeziehung erweitert und unsere wirtschaftlichen Erfolge nicht unerheblich unterstützt. Seit 2001 erzielt Österreich jährlich nicht unbedeutliche Leistungsbilanzüberschüsse. Diese Entwicklung trug auch maßgeblich zur hohen Beschäftigung und zur geringen Arbeitslosigkeit in unserem Land bei, wobei es gelungen ist, im Gegensatz zu vielen anderen Staaten, eine hohe Jugendbeschäftigung zu erzielen. Österreich hat als kleine offene Volkswirtschaft überdurchschnittlich vom Integrationsprozeß der Europäischen Union profitiert. Gerade kleine, technologisch hochentwickelte Volkswirtschaften mit weltweit nachgefragten Nischenprodukten können aus dem unbehinderten Zugang zu größeren Märkten überdurchschnittlichen Nutzen ziehen. Man kann dies zutreffend Europäisierungs- oder Erweiterungsdividende nennen (Ulrich Schuh). Diese erfolgreiche Entwicklung erfordert auch die Einsicht, daß damit keine Automatik, aber in kurz-

sichtiger Gier auch keine merkantilistische Einbahnstraße verbunden sein kann. Langfristig erfolgreiches Wirtschaften erfordert wechselseitig prosperierende Partner.

Ein gemeinsamer Markt erfordert zur bestmöglichen Nutzung auch eine gemeinsame Währung. Der Binnenmarkt der EU ist der größte der Welt. Daher wurde der Euro, die gemeinsame Währung von inzwischen 17 Mitgliedsstaaten der EU, geschaffen. Daß eine gemeinsame Währung durchgängige wirtschaftliche Homogenität bedingt, ist eine Mär, wie die USA zeigen. Deren einzelne Bundesstaaten bzw. diese übergreifenden Regionen zeigen ein ebenso uneinheitliches wirtschaftliches Standort-Spektrum wie die Eurozone. Der Konstruktionsfehler bei der Errichtung der Eurozone ist ein anderer: Eine gemeinsame Währung erfordert entweder auch einen gemeinsamen Staat, so wie in den USA, oder aber zumindest währungs- und fiskalpolitisch handlungsfähige gemeinsame Institutionen nach innen und außen. Diese fehlen in der EU. Dies war ein schwerwiegender Konstruktionsfehler, der durch die Kriterien von Maastricht nur ungenügend kompensiert wurde. Dazu kommt, daß nicht einmal diese eingehalten wurden, sondern allen voran von Deutschland und Frankreich einfach ignoriert worden sind.

Zu den Konstruktionsfehlern – keine europäische Architektur und Aufsicht für das Finanz- und Bankenwesen; keine bindenden Regelungen für hinreichende Disziplin bei den Staatsfinanzen; kein alle Mitgliedsländer bindendes Mindestmaß an koordinierter Finanz- und Wirtschaftspolitik – kamen zahlreiche Bedienungsfehler (Peter Bofinger). Und schließlich war das zur Solidarität erforderliche konditionierte Ausmaß an Transferregelungen nicht gegeben.

Die Krise hat diese Versäumnisse mit großer Schärfe deutlich werden lassen. Dazu kommt, daß Europa auch als politische Union noch nicht verfestigt ist, was aus Gründen der demokratischen Legitimation mit einer Stärkung des europäischen Parlaments einhergehen muß. Äußere Bedrohungen und Gefahrenherde von kriegerischen Eskalationen bis hin zur Wirtschafts- und Cyber-Kriminalität erfordern auch immer dringlicher ein Mindestmaß an gemeinsamer europäischer Außen- wie Sicherheitspolitik. Europa wird auf diese Gefahren adäquat reagieren müssen. Als Trittbrettfahrer wird sich Europa weder nach innen noch nach außen durch krisenhafte Entwicklungen lavieren und die Bürden Dritten aufladen können. Europa benötigt vielmehr zur Wahrung und angemessenen Verteidigung der eigenen Interessen und Errungenschaften eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

Es mag als europäisches Paradoxon der Jahrhundertwende gelten, daß all diesen Versäumnissen, deren gravierend negativen Folge im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise in immer schmerzhafterer Form spürbar geworden sind, nicht durch politisch akkordierten Kraftanstrengungen für deren Beseitigung im Sinne der Verfestigung des gemeinsamen europäischen Hauses begegnet wurde. In historisch überkommener Weise wurde stattdessen oftmals nationalstaatlichen Souveränitätsillusionen gehuldigt und mit wahltaktisch billigen, aber letztlich teuer zu stehen kommenden populistisch- demagogischen Tiraden antieuropäische Ressentiments geschürt. Es wäre mehr als wünschenswert, wenn dieser parteitaktischen EU-Kakaphonie von den Spitzen unserer Bundesregierung eine deutliche, klar vernehmbare Absage erteilt werden würde. Ebenso wünschenswert wäre, wenn auch ein Reformprogramm zur Beseitigung der Verwerfungen im eigenen Land und in Europa als gemeinsame politische Aufgabe nach außen vermittelt werden würde, damit wieder Chancen zur Gestaltung der Zukunft wahrgenommen werden.

Die Konsolidierung der seit längerem und nicht erst durch die Finanzkrise in Schieflage geratenen Staatsfinanzen ist unumgänglich. Diese Herkulesaufgabe wird Zeit benötigen. Keinesfalls wird dieses Ziel mit einer Austeritätskeule zu erreichen sein. Wer diese schwingen möchte, muß auch für den damit unweigerlich verbundenen Kahlschlag, sprich eine Verschärfung der Krise, die Verantwortung übernehmen. Wie durch eisernes Sparen Wachstum geschaffen werden kann, hat noch niemand vor-exerziert! Schulden muß man sich ökonomisch leisten können, sprich über die wirtschaftliche Leistungskraft verfügen, um diese bedienen zu können. Bei überhöhten Zinsen ist dies kaum möglich. Wie man in Griechenland sieht, können deren Kosten rasch die Einsparungen übertreffen. Daher bedarf es einer Doppelstrategie: Neben sinnvollen Einsparungen gleichzeitig auch die Setzung von Maßnahmen zur Förderung von Wachstum. Nur auf diesem Weg wird man eine Rezession verhindern können, und damit auch eine das soziale Netz sprengende Arbeitslosigkeit sowie Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit der Jugend. Eine solche Strategie erfordert Modernisierungen und wachstumsfördernde Strukturreformen. Dazu gehören Maßnahmen zur Verbesserung der Energieversorgung und der Infrastruktur, vor allem aber auch die Forcierung von Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation. Das 8. Rahmenprogramm für Forschung mit rund acht Prozent des EU-Budgets hat diesbezüglich mehr als nur Symbolcharakter.

Eine rückwärtsgewandte, über den eigenen Tellerrand nicht hinausgehende Sicht der Lage in Form einer Vogel-Strauß-Politik als Bewältigungsstrategie für die anstehenden Probleme entpuppt sich als zunehmend gefährlich. Jedem europäischen Land muß klar sein, daß es alleine zu klein ist, um auf der politischen Weltbühne eine Rolle spielen zu können. Europa, dessen Rohstoff- und Energiebasis schmal ist und dessen Anteil an der Weltbevölkerung von noch 19 Prozent um 1900 auf inzwischen sieben Prozent gesunken ist und 2050 nur mehr fünf Prozent betragen wird, wird sich im globalen Geschehen nur auf gemeinsamer Basis Einfluß sichern und bewahren können. Sonst droht Europa massiver Bedeutungsverlust und der Abstieg in die Irrelevanz. Die europäische Staatenwelt muß sich entscheiden, ob man gemeinsam zum Mitspieler im globalen Geschehen wird oder jeder Staat für sich zum Spielball wird. Im letzteren Fall würde der fatale Spruch von Mark Twain gelten: »*Either we hang together or we will hang separately.*«

Mit diesem Verständnis wird auch die Finalität der europäischen Integration zu beurteilen sein. Diese ist weder geografisch noch kulturell oder religiös vorgegeben, sondern einzig und allein eine politische Frage. Ihre Beantwortung ist letztlich eine pragmatische Herausforderung, die sich nach Zweckmäßigkeit und Machbarkeit richten muß. In einem gemeinsamen Europa wird niemand seine regionale Identität aufgeben müssen, aber eine europäische hinzugewinnen. Europa darf sich, um ein bildhaftes Gleichnis zu schaffen, nicht auf einen Einheitskäse reduzieren lassen, sondern muß sich durch eine Vielzahl von köstlichen Käsesorten auszeichnen. Das europäische Credo muß daher lauten: Einheit in der Vielfalt und Vielfalt in der Einheit in Frieden und Freiheit. Hier liegen die Kraft und die Optionen für Europa begründet, die gleichzeitig unser aller Auftrag und Aufgabe im Interesse der nächsten Generationen sind.

Erweiterer Beitrag zu den Laudationes zum 90. Geburtstag von Heinz Kienzl, einem bis heute visionären, engagierten und streitbaren Europäer.